

anderer Lebensgemeinschaften (K2), deren Mitglied sie von 2005 bis 2011 war, nicht nur interessiert, sondern auch kritisch, wie sie jüngst mitteilte.

Barbara Helfert ist in ihrer aktiven beruflichen Laufbahn u.a. als weitere aufsichtsführende Richterin am Amtsgericht Düsseldorf tätig gewesen. Ihr Engagement für die Belange von Frauen und Kindern mag ihrer Tätigkeit als Familienrichterin geschuldet gewesen sein. Mit ihrer Expertise hat *Barbara Helfert* unzählige Anstöße zu Reformbedarfen gegeben und an Stellungnahmen und Gesetzentwürfen engagiert mitgearbeitet, insbesondere im Unterhalts- und Kindschaftsrecht – *Barbara Helfert* war jeweils Mitglied der entsprechenden „Unterkommissionen“, den Vorläufern der späteren Kommission Zivil-, Familien- und Erbrecht, Recht anderer Lebensgemeinschaften (K2). Daneben galt ihre Aufmerksamkeit der Gleichstellung von Frauen, der sie sich u.a. als Gleichstellungsbeauftragte im Justizministerium des Landes Nordrhein-Westfalen im Rahmen ihrer dreijährigen Abordnung widmete. Ihr Bestreben

war es, die Gleichstellung nicht nur zu fördern, sondern auch zu verwirklichen.

Barbara Helfert hat auch auf Landesebene den djb gut vertreten, so u.a. als Vorsitzende des Landesverbandes Nordrhein-Westfalen (1990 bis 1995) und der Regionalgruppe Düsseldorf (1990 bis 1996). Ihr späteres Engagement auf Bundesebene galt primär den „Kindern“. *Barbara Helfert* war von 2007 bis 2015 Delegierte des djb bei der National Coalition Deutschland – Netzwerk zur Umsetzung der UN-Kinderrechtskonvention e. V. und der Deutschen Liga für das Kind e.V.

Persönlich ist uns in Erinnerung, dass *Barbara Helfert* die Kommission nicht nur juristisch begleitet und geprägt hat, sondern auch für die „Kultur“ zuständig war. *Barbara* versorgte uns stets mit Hinweisen auf Ausstellungen, die zwingend zu besuchen, und mit (außereuropäischen) Ländern, die unbedingt zu bereisen waren.

Wir gratulieren unserer Jubilarin herzlich zu diesem besonderen Geburtstag und wünschen unserem (langjährigen Kommissions-) Mitglied alles Gute für die Zukunft, vor allem auch Gesundheit!

DOI: 10.5771/1866-377X-2021-4-192

Der djb gratuliert



▲ Foto: werdewelt

Dr. Geertje Tutschka

zur Bestellung zur Präsidentin des DAV Österreich im Jahr 2020 und zum Women in Law Award 2021 in der Kategorie „Legal Coaching“.

Geboren in der ehemaligen DDR, studierte Dr. *Geertje Tutschka* nach einer Zeit als Cellistin im wiedervereinigten Deutschland Jura an Universität Bielefeld. An der Universität Bielefeld

wurde sie später auch promoviert. Im Anschluss an ihr Referendariat wurde sie 1997 bei der Rechtsanwaltskammer Hamm als Anwältin zugelassen. Seit über zwanzig Jahren ist Dr. *Tutschka* spezialisiert im Vertragsrecht, Familien- und Erbrecht. Seit 2007 ist sie darüber hinaus im Expatriate- und Entsendungsvertragsrecht, Relocation/Expatiation, Internationales Vertragsrecht spezialisiert.

Im Jahr 2012 wurde sie auch in Österreich als Rechtsanwältin zugelassen. Ebenfalls seit 2012 berät sie mit „CLP-Consulting for Legal Professionals“ mit Sitz in Salzburg und München Jurist*innen zu Themen wie Leadership und Kommunikation, strategischer Karriereentwicklung und Positionierung, Teamentwicklung und Konfliktmanagement. Dabei kann sie auf ihre eigene 25-jährige Berufserfahrung zurückgreifen, aber auch auf ihre langjährige Erfahrung als Unternehmerin sowie zertifizierter Trainerin und Coach für die Rechtsbranche. Seit 2016 leitet sie die Legal Coaching Ausbildung der CLP-Academy, der weltweit ersten speziell für Jurist*innen entwickelten Coachingausbildung, die sich an den Qualitätsstandards der

Coach-Berufsverbände orientiert. Sie ist gefragte Autorin für Fachbücher, Artikel und Studienunterlagen, Referentin des DAV und des ÖRAK ebenso wie verschiedener Universitäten.

2020 gründete Dr. *Tutschka* gemeinsam mit ihrer österreichischen Kollegin Dr. *Constanze Emesz* den DAV Österreich.

Im djb ist Dr. *Tutschka* seit 2014 Mitglied.

Dr. Lore-Maria Peschel-Gutzeit



▲ Foto: KÄRGEL DE
MAIZIÈRE & Partner, Rechtsanwälte Notare Berlin

zur Verleihung des Johannes Feest-Preises am 2. September 2021.

Im Rahmen der „11. Europäischen Konferenz zur Gesundheitsförderung in Haft“ in Berlin wurde Dr. *Lore-Maria Peschel-Gutzeit* der Johannes Feest-Preis verliehen. Mit dieser Ehrung würdigte *Bärbel Knorr* von der Deutschen Aidshilfe in ihrer Laudatio die besonderen Verdienste der Laureatin um den Schutz opiatabhängiger Inhaftierter vor HIV und Hepatitiden. Sie hatte als Justizsenatorin in den Jahren 1991 bis 2001 zunächst in Hamburg, dann in Berlin und danach wieder in Hamburg die kostenlose Vergabe von sterilen Spritzen im Justizvollzug gegen massive Widerstände durchgesetzt und eingeführt, weil sie sich dazu in ihrer Verantwortung für die Gesundheit der suchtkranken Personen in Haft verpflichtet sah.

Dr. *Peschel-Gutzeit*, geboren 1932, studierte Rechtswissenschaften in Hamburg und Freiburg. Sie arbeitete zunächst als Rechtsanwältin in Freiburg und war dann von 1960 bis 1991

als Richterin in Hamburg tätig. Sie wurde 1984 – als erste Frau – Vorsitzende eines Familiensenats am Hanseatischen Oberlandesgericht und war Lehrbeauftragte für Familien- und Erbrecht an der Universität Hamburg, bevor sie 1991 in die Politik ging. Von 1991 bis 1994 war sie Justizsenatorin in Hamburg, von 1994 bis 1997 Justizsenatorin in Berlin, 1997 kehrte sie als Senatorin nach Hamburg zurück. Seit 2002 ist sie wieder als Rechtsanwältin in Berlin tätig. Ab 1971 war sie als zunächst einzige Frau Prüferin in beiden juristischen Staatsexamen. 1975 wurde sie – wiederum als erste Frau – unter 90 Autoren Kommentatorin des Staudinger. Für ihre Verdienste um die Verbesserung der rechtlichen Lage von Kindern und Frauen und zur Durchsetzung der Gleichberechtigung wurde ihr im Jahre 2004 vom Bundespräsidenten das Bundesverdienstkreuz erster Klasse verliehen. Im selben Jahr erhielt sie in Würdigung ihrer besonderen Verdienste um Berlin die Ehrenbezeichnung Stadtälteste von Berlin.

Dem djb trat Dr. *Peschel-Gutzeit* 1956 bei, von 1973 bis 1981 war sie im Bundesvorstand, seit 1977 als Erste Vorsitzende. 2008 wurde sie zur Ehrenpräsidentin des djb ernannt. In ihrer Zeit als Erste Vorsitzende prägte sie ganz entscheidend die Arbeit des Verbands und insbesondere die Reformvorschläge zur elterlichen Sorge.

Elisabeth Steiner

zur Ernennung zum Mitglied im Unabhängigen Kontrollrat am 1. September 2021.

Elisabeth Steiner wurde am 11. April 1970 in Lindau geboren. Nach Studium und Referendariat trat sie im September 1996 in den Höheren Justizdienst des Freistaates Bayern und wurde Richterin am Verwaltungsgericht Regensburg. In den Jahren 1998 bis 2000 wurde sie als wissenschaftliche Mitarbeiterin an das Bundesverfassungsgericht abgeordnet. Im Anschluss daran wurde *Steiner* an die Regierung von Oberbayern versetzt. Ab 2004 war sie beim Landesamt Dachau tätig, bis sie 2008 an das Bayerische Staatsministerium des Innern wechselte. Ab Oktober 2013 war *Steiner* als Oberlandesanwältin bei der Landesanwaltschaft Bayern tätig.

Im Jahr 2018 wurde *Steiner* im Juli zur Richterin am Bundesverwaltungsgericht gewählt und trat das Amt am 1. Oktober an. Sie war dort dem sechsten Revisionssenat zugewiesen.

Am 21. Mai 2021 hat das Parlamentarische Kontrollgremium *Steiner* als Mitglied des gerichtsähnlichen Kontrollorgans des Unabhängigen Kontrollrates gewählt. Der unabhängige Kontrollrat dient ab dem 1. Januar 2022 als Nachfolger des Unabhängigen Gremiums der Kontrolle der Fernmeldeaufklärung des Bundesnachrichtendienstes.

djb-Mitglied ist *Steiner* seit 2019. Seit 2020 ist sie Schriftführerin in der Regionalgruppe Leipzig.

Prof. Dr. Monika Frommel

zum 75. Geburtstag.

Prof. Dr. Monika *Frommel*, geboren am 16. September 1946 in Karlsruhe, studierte Rechtswissenschaften in Tübingen und München. 1979 wurde sie an der Ludwig-Maximilians-Universität München promoviert, wo sie sich 1986 auch habilitierte. Sie erhielt die Venia Legendi für Strafrecht, Rechtsphilosophie, neuere Rechtsgeschichte und Kriminologie.



▲ Foto: Olaf Ballnus

Von 1988 bis 1992 war Prof. Dr. *Frommel* Professorin für Rechtsphilosophie und Strafrecht an der Goethe-Universität Frankfurt am Main. 1992 folgte sie einem Ruf an die Christian-Albrechts-Universität zu Kiel. Dort war sie von 1991 bis 2001 Direktorin des Instituts für Sanktionenrecht und Kriminologie. Einer der Forschungsschwerpunkte von Prof. Dr. *Frommel* ist die Kriminologie aus feministischer Perspektive, insbesondere die Reform des Sexualstrafrechts.

Außerdem übernahm Prof. Dr. *Frommel* die Prozessvertretung der bayerischen Abtreibungsärzte in der erfolgreichen Bundesverfassungsbeschwerde gegen das Bayerische Schwangerenhilfeergänzungsgesetz von 1996. Der Beschluss von 1997 und das Urteil von 1998 des Bundesverfassungsgerichts werteten die Beratungslösung auf und untersagten den Ländern, restriktivere Regeln über ihre Gesetzgebungskompetenz zum Arztrecht zu erlassen.

Prof. Dr. *Frommel* war Schriftleiterin der Zeitschrift Neue Kriminalpolitik, deren Mitherausgeberin sie auch heute noch ist. Außerdem ist sie Mitglied im Beirat der Zeitschrift Kritische Justiz.

Darüber hinaus war Prof. Dr. *Frommel* ab 1998 Mitglied im Beirat der Humanistischen Union.

Im djb ist Prof. Dr. *Frommel* seit 1985 Mitglied. Von 1986 bis 1998 war sie Vorsitzende der Strafrechtskommission.

Yvonne Hellmann



▲ Foto: privat

zum Antritt als Richterin am Bundesverwaltungsgericht am 1. Oktober 2021.

Yvonne Hellmann, geboren am 19. Juni 1975, begann ihre richterliche Laufbahn nach Abschluss ihrer juristischen Ausbildung im Oktober 2017 am Verwaltungsgericht Arnsberg. In den Jahren 2011 bis 2013 wurde sie als wissenschaftliche Mitarbeiterin an das Bundesverfassungsgericht abgeordnet. Es folgte im April 2015 eine neunmonatige

Abordnung an das Oberverwaltungsgericht für das Land Nordrhein-Westfalen. Im April 2016 wurde Frau *Hellmann* zur Richterin am Oberverwaltungsgericht für das Land Nordrhein-Westfalen ernannt. Im selben Monat wurde sie bis Mai 2021 anteilig an den Verfassungsgerichtshof für das Land Nordrhein-Westfalen abgeordnet.

Seit 1. Oktober 2021 ist *Hellmann* Richterin am Bundesverwaltungsgericht. Dort ist sie der sechsten Revisionsinstanz zugewiesen.

Neben ihrer Tätigkeit als Richterin ist *Hellmann* seit 2011 Lehrbeauftragte an der Universität Bielefeld.

Mitglied im djb ist *Hellmann* seit 2003.

Eva Maria Welskop-Deffaa

zur Wahl zur Präsidentin der Caritas am 13. Oktober 2021.

Geboren am 27. Februar 1959 in Duisburg, studierte *Eva Maria Welskop-Deffaa* Volkswirtschaftslehre und Geschichte in München und Florenz. Ihren beruflichen Weg begann sie als



▲ Foto: Monika Keiler

Grundsatzreferentin des Katholischen Deutschen Frauenbundes (KDFB) und Leiterin des Referates „Wirtschaft und Gesellschaft“ im Generalsekretariat des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK). In den Jahren 2006 bis 2012 leitete sie die Abteilung „Gleichstellung und Chancengleichheit“ im Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend unter *Ursula von der Leyen*. In dieser Position machte sich *Welskop-Deffaa* bundesweit bei Frauenbeauftragten und über Partei- und Fachgrenzen hinweg einen Namen. Unter ihrer Leitung wurde der Erste Gleichstellungsbericht der Bundesregierung veröffentlicht. Anschließend war sie im Bundesvorstand der Vereinten Dienstleistungsgewerkschaft ver.di zuständig für Sozialpolitik (2013 bis 2017) und in dieser Funktion als Versichertenvorsteherin Vorstandsmitglied der Deutschen Rentenversicherung Bund und im Verwaltungsrat der Bundesagentur für Arbeit. Ab Juli 2017 war sie Vorstand Sozial- und Fachpolitik des Deutschen Caritasverbandes. Schwerpunkte ihrer Arbeit sind Digitalisierung, soziale Sicherung, soziales Europa und freiwilliges Engagement.

Am 13. Oktober 2021 wurde sie als erste Frau in der Geschichte der 1897 gegründeten Caritas zur Präsidentin gewählt. Die ausdrückliche Möglichkeit, eine Frau an die Spitze des Sozialverbandes zu wählen, gibt es seit einer Satzungsänderung im Jahr 2003. *Welskop-Deffaa* möchte sich auch in ihrer neuen Position bei Caritas und Kirche für Frauenförderung und Gleichstellung einsetzen.

Seit 2001 ist *Welskop-Deffaa* Mitglied im djb.

Dr. h.c. Hildegund Holzheid



▲ Foto: Deutscher Ethikrat, Reiner Zensen

München I tätig, anschließend war sie bis 1967 – als erste Frau – Strafrichterin (für Erwachsene) im Amtsgericht München. „Mit Ihnen wollen wir das Experiment einmal wagen.“, sagte dazu der Amtsgerichtspräsident. Danach wechselte sie in das Bayerische Staatsministerium der Justiz und war dort im Bereich Strafrecht, Gnadenreferat, Verfassungsrecht, öffentliches Recht tätig. In der folgenden Zeit war sie drei Jahre lang Richterin in Zivilsachen am Oberlandesgericht München. Von 1975 bis 1985 war sie Referentin für Haushalts- und Bausachen in der Strafvollzugsabteilung des Justizministeriums. 1985 bis

1992 leitete sie die Abteilung für zentrale Verwaltungsaufgaben, insbesondere für Aufstellung und Vollzug des Staatshaushaltes. Im Jahre 1992 wurde *Holzheid* von der Bayerischen Staatsregierung zur Präsidentin des Oberlandesgerichts München ernannt und vom Bayerischen Landtag zur Präsidentin des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs gewählt. Sie war damals bundesweit die erste Frau an der Spitze eines Verfassungsgerichts. 2000 wurde sie wiedergewählt. Das Angebot, Justizministerin im Kabinett Stoiber zu werden, lehnte sie ab. Am 1. November 2001 trat *Holzheid* in den Ruhestand.

Auch neben ihrer Tätigkeit als Richterin – und weit über ihren Ruhestand hinaus – hat sich Dr. h.c. *Holzheid* vielfältig engagiert. So war sie unter anderem von 2008 bis 2012 Mitglied des Deutschen Ethikrats und von 2009 bis 2015 Mitglied des Wissenschaftsrates. Dem Kuratorium der Technischen Universität München gehörte sie von 1996 bis 2015 an, davon mehr als zehn Jahre als Vorsitzende. Darüber hinaus war sie von 2001 bis 2017 Mitglied der Bioethikkommission der Bayerischen Staatsregierung. 2018 beauftragte die Bayerische Staatsministerin für Wissenschaft und Kunst Dr. h.c. *Holzheid*, den Vorsitz einer Kommission (genannt „*Holzheid-Kommission*“) zu übernehmen, die vor dem Hintergrund bekanntgewordener sexueller Übergriffe an der Musikhochschule München eingesetzt wurde, um die von der Hochschule zur Bewältigung der Probleme ergriffenen Maßnahmen zu bewerten und Empfehlungen für Verbesserungen zu erarbeiten.

1994 erhielt Dr. h.c. *Holzheid* den Bayerische Verdienstorden. Im Jahr 2001 wurde ihr der Max-Friedlaender-Preis des Bayerischen Anwaltverbandes und ein Jahr später das Große Verdienstkreuz der Bundesrepublik Deutschland verliehen. Für ihren Einsatz für die Frauenförderung als Kuratoriumsvorsitzende an der Technischen Universität München erhielt sie den Angela Molitoris Diversity Award. Im Jahr 2017 erhielt sie die Ehrendoktorwürde der Theologie von der Evangelisch-Theologischen Fakultät der Ludwig-Maximilian-Universität München.

Dem djb gehört Dr. h.c. *Holzheid* seit 1975 Mitglied an. Sie war von 1975-1977 Mitglied im erweiterten Bundesvorstand und von 1977-1979 Schriftführerin im Bundesvorstand.

Kristina Schmidt



▲ Foto: privat

zur Ernennung zur Vorsitzenden Richterin am Bundesarbeitsgericht am 4. November 2021.

Kristina Schmidt wurde am 26. August 1968 in Oschatz geboren. Nach ihrem Jurastudium an der Humboldt Universität zu Berlin absolvierte sie ihr Referendariat in Dresden, welches sie 1996 mit zweitem juristischem Examen abschloss. Anschließend war sie zunächst als wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Martin-Luther-Universität Halle-Wittenberg tätig, trat aber noch im selben Jahr in den Richterdienst des Landes Brandenburg ein. In den Jahren 2001 bis 2003 wurde sie als wissenschaftliche Mitarbeiterin an das Bundesarbeitsgericht und

von 2004 bis 2005 an das Landesverfassungsgericht Brandenburg abgeordnet. Es folgte 2005 die Ernennung zur Richterin am Arbeitsgericht Frankfurt (Oder) als ständige Vertreterin der Direktorin. 2006 wurde sie zur Vorsitzenden Richterin am Landesarbeitsgericht Brandenburg ernannt. Von 2009 bis 2019 war sie im Nebenamt Richterin des Verfassungsgerichts des Landes Brandenburg.

Im Juli 2009 wurde *Schmidt* zur Richterin am Bundesarbeitsgericht ernannt und dem Achten Senat zugewiesen. 2010 wechselte sie in den Siebten Senat. Ab Mai 2014 gehörte sie dem Ersten Senat an, deren stellvertretenden Vorsitz sie 2016 übernahm. Seit November 2021 ist sie Vorsitzende des Siebten Senats.

Im djb ist *Schmidt* seit 2011 Mitglied.

Dr. Anna von Notz

zur Wahl in den Rat der Evangelischen Kirche in Deutschland am 9. November 2021.

Geboren 1984, studierte Dr. *Anna von Notz* Rechtswissenschaften in Heidelberg, Paris und Hamburg. Während ihres Studiums



▲ Foto: EKD/Jens Schulze

wurde sie vom evangelischen Studienwerk Villigst gefördert. Anschließend war sie als wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Humboldt-Universität zu Berlin am Lehrstuhl von Prof. Dr. *Christoph Möllers* tätig. Dort wurde sie 2018 als Stipendiatin der Studienstiftung des deutschen Volkes mit einer Doktorarbeit zum Thema Liquid Democracy promoviert. Außerdem war Dr. *von Notz* als Redakteurin des Verfassungsblogs tätig. Von 2018 bis 2021 absolvierte sie ihr juristisches Referendariat am Kammgericht Berlin. Seit 2021 ist sie als wissenschaftliche Mitarbeiterin am Bundesverfassungsgericht tätig.

Dr. *von Notz* ist Associate Editor des Verfassungsblogs und stellvertretende Vorsitzende des Bundesschiedsgericht von Bündnis 90/Die Grünen.

Mitglied im djb ist Dr. *von Notz* seit 2020.

Sie lebt in Berlin und hat zwei Kinder.

Geburtstage

(August – November 2021)

70 Jahre

■ Prof. Dr. Ingeborg Schwenzer
Universitätsprofessorin (em.)
Mühlheim

■ Ilse-Ulrike Fromme
Richterin am AG
Augsburg

■ Helga Achatzi
Rechtsanwältin
Düsseldorf

90 Jahre

■ Dr. Anne van Hees
Richterin am BPatG i.R.
München

75 Jahre

■ Hilde Trebesch
Ministerialdirigentin a.D.
Berlin

■ Karin Aust-Dodenhoff
Präsidentin des LAG i.R.
Berlin

■ Prof. Dr. Monika Frommel
Universitätsprofessorin (em.)
Kiel

■ Barbara Helfert
Richterin am AG i.R.
Düsseldorf

■ Prof. Dr. Marianne Breithaupt
Hochschullehrerin em.
München

■ Hiltrud Harborth
Ministerialräatin a.D.
Steimbke

■ Prof. Gisela Frick
Professorin
Berlin

■ Hildegund Holzheid
Präsidentin des Bayr. VerfGH a.D.
München

Verstorben

(Juli – November 2021)

■ Theresia Maas
Richterin am SG
Jahnsdorf

■ Melitta Büchner-Schöpf
Ministerialdirigentin a.D.
Karlsruhe

■ Dorothee Bohr
Justiziarin
Trier